

sehr lebhaft an jene Zeit, da der sozialdemokratische Innenminister Carl Severing im Brustton der Überzeugung erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen. Als die „Gewalt“ in der Person eines Leutnants erschien, war es mit dem Willen zur Macht vorbei. So haben auch heute die Sozialdemokraten Brauer, Kaisen und andere laut die Beschlüsse gepriesen, mit denen sich die Parlamente dem von den Wissenschaftlern Westdeutschlands proklamierten „Aufstand des Gewissens“ anschlossen und einer Volksbefragung zustimmten. Als dann mit Hilfe sozialdemokratischer Richter in Karlsruhe beschlossen wurde, das Volk habe in dieser seiner ureigensten Sache nichts mitzureden, darüber entscheide allein Konrad Adenauer, sagten die mutigen sozialdemokratischen Tribune den Kampf ab.

Am Beispiel der Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung zur Volksbewegung gegen den Atomtod werden die Widersprüche besonders sichtbar, die in der Partei vorhanden sind. Die Auseinandersetzungen auf dem Parteitag in Stuttgart haben ganz deutlich das Vorhandensein von zwei Klassenlinien aufgezeigt. In viel stärkerem Maße als früher stießen die Auffassungen der rechten Führer und die der konsequenten Vertreter der Arbeiterinteressen aufeinander. Das ist ein sprechender Ausdruck für die gewachsene Aktivität in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft dafür, daß ihr Bewußtsein im Kampf gegen die atomare Aufrüstung sich erhöht hat.

Natürlich sind die prinzipiellen Gegensätze aber auch der Ausdruck dafür, daß sich der Einfluß bestimmter bürgerlicher Politiker in der Führung der Partei verstärkt hat. Das nach dem Parteitag von Stuttgart gewählte Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands enthält sogar eine Konzentration der bürgerlichen Kräfte, die das westdeutsche Staatssystem und das Monopolkapital bejahen, grundsätzlich der Wehrmacht der Bundesrepublik und einer gemeinsamen Verteidigungspolitik mit dem Kriegsminister Strauß zustimmen, die NATO-Politik unterstützen und entschlossen sind, den Volkskampf gegen den Atomtod zu drosseln. Dieser Politik hat der sozialdemokratische Abgeordnete Meyer am 2. Juli dieses Jahres im Bundestag mit der Erklärung Ausdruck verliehen, es sei für die Sozialdemokratie von zweitrangiger Bedeutung, ob die Politik in Westdeutschland von Adenauer oder Ollenhauer geführt werde. (Bewegung im Saal.)

Die Widersprüche und Gegensätze innerhalb der Sozialdemokra-